

1 TERMINE

Teilprojekt	Beginn	Ende	Bemerkungen
Grenzfeststellung/Erstvermarkung	01.03.2020		
Ersterhebung (B3)	01.03.2020	<i>Ist zu offerie-Phase B3 (vermessungstechnischer Abschluss)</i>	
Ersterhebung (B4)	01.03.2020	<i>4 Monate nach Phase B3</i>	Phase B4 (Mängelbehebung/GRUDA-AV)
Öffentliche Auflage	<i>Ca. 3 Monate nach Phase B4</i>		Ungefähres Startdatum

Bis spätestens zu den Endterminen B3/B4 sind die Operatsbestandteile dem Amt für Geoinformation des Kantons Bern zur entsprechenden Verifikationsphase abzugeben. Es gelten die Verifikationsanforderungen des AGI (vgl. [Handbuch DM.01-AV > Verifikation](#)).

Der Unternehmer trifft alle erforderlichen Massnahmen zur Einhaltung der vereinbarten Fristen. Zeigt es sich bei der Ausführung der Arbeit, dass diese nicht eingehalten werden können, so trifft der Unternehmer rechtzeitig und von sich aus alle zusätzlich notwendigen Vorkehrungen. Das AGI ist zudem berechtigt, die zusätzlich nötigen Vorkehrungen anzuordnen.

Verzögert sich die Ausführung des Werkes ohne Verschulden des Unternehmers, obwohl dieser die zusätzlichen Vorkehrungen getroffen hat, so werden die Fristen angemessen erstreckt. Dafür ist der Gemeinde mit Kopie an das AGI in der Regel spätestens 6 Monate vor dem Ablieferungstermin ein begründetes Verlängerungsgesuch einzureichen. Ein Anspruch auf Fristerstreckung besteht nur dann, wenn der Unternehmer die Verzögerung und deren Ursache ohne Verzug dem AGI angezeigt hat.

Hat der Unternehmer kein Recht auf Fristerstreckung, setzt ihn die Verspätung ohne Mahnung in Verzug.

Verzug und übrige, nachweisbare Verspätungen werden in der Partnerbeurteilung des AGI (Instrument des Qualitäts-Managementsystems im AGI, QMS AGI) erfasst und führen zu einer Herabsetzung des Rating's des entsprechenden Partners.

Befindet sich der Unternehmer oder die Unternehmerin mit der Abgabe zur Verifikationsphase B3 beziehungsweise mit der Anerkennung durch den Bund in Verzug (vgl. Ziffer 1 der speziellen Vertragsbestimmungen), wird eine **Konventionalstrafe von CHF 3'000.- pro Kalendermonat** fällig.

Das AGI prüft die abgelieferten Operatsbestandteile und gibt dem Unternehmer vom Ergebnis seiner Prüfung Kenntnis. Es setzt dem Unternehmer Fristen an zur Behebung allfälliger Mängel, zur Vornahme von Ergänzungsarbeiten und zur Abfassung des definitiven Schlussberichtes.

Der Unternehmer nimmt zur Kenntnis, dass diese Fristen so angesetzt werden, dass das Gesamtwerk spätestens innert 2 Jahren, dem Bundesamt für Landestopografie zur Anerkennung eingereicht werden kann.

2 ENTSCHÄDIGUNG

Die Arbeiten werden entsprechend der eingereichten Offerte entschädigt.

Die Offerten beziehen sich auf den Preisstand 2019 (inkl. 7.7 % Mehrwertsteuer).

Ein allenfalls beanspruchter Ausgleich der Teuerung errechnet sich pro rata temporis aus den Terminen gemäss Punkt 1 und den dazu durch den Bund offiziell zugestandenen Teuerungen. Teuerungen werden erst dann ausgeglichen, wenn die Berechnungen Veränderungen von über 2 % ergeben.

Eine allfällige Änderung des Mehrwertsteuersatzes durch den Bund wird gestützt auf die vereinbarten Vertragstermine pro rata temporis zusätzlich entschädigt oder allenfalls abgezogen. Die Vergütung gilt alle Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Durch die Vergütung abgedeckt sind insbesondere alle Nebenkosten wie Spesen, Sekretariatsleistungen, alle Sozialleistungen und andere Entschädigungsleistungen für Krankheit, Invalidität und Todesfall sowie öffentliche Abgaben.

Der Unternehmer nimmt zur Kenntnis, dass das AGI den gewählten Nachführungsgeometer nach Rückgabe des abgeschlossenen Werkes für seine Aufwendungen zur Bereitstellung der Akten zu Beginn des Werkvertrages und für die Aufwendungen bei der Rücknahme des Werkes am Schluss gesamthaft mit einem **Pauschalbetrag von Fr. 4'000.-** entschädigen wird. Dieser Betrag wird im Rahmen des Offertvergleichs den Unternehmern ohne Nachführungsvertrag auf Ihr Angebot aufgerechnet. Der gewählte Nachführungsgeometer hat keinen Anspruch auf diese Entschädigung, sofern er die Arbeiten selber ausführen kann.

3 ZAHLUNGSMODALITÄTEN

Der Unternehmer hat Anspruch auf Abschlagszahlungen bis höchstens 90 % des Wertes der geleisteten Arbeit, sofern der Betrag der einzelnen Abschlagszahlung Fr. 20'000.- übersteigt. Er macht den Anspruch mit einem Zahlungsbegehren geltend, welches an das AGI zu richten ist. Es ist eine Aufstellung aller seit Arbeitsbeginn erbrachten Leistungen beizulegen.

Die Abschlagszahlung wird fällig, sobald das ordnungsgemäss abgefasste Zahlungsbegehren beim Amt für Geoinformation eingeht. Sie ist innert 30 Tagen zu bezahlen.

Der Anspruch auf Abschlagszahlung verwirkt, sobald sich der Unternehmer in Verzug befindet (vgl. Ziffer 1).

Die durch die Schlussabrechnung ermittelte Forderung des Unternehmers wird mit der vollständigen Ablieferung des Vermessungsoperates gemäss dem Verzeichnis der abzuliefernden Pläne und Akten, mit dessen Anerkennung durch das Bundesamt für Landestopographie und mit der Rückgabe des Vermessungswerkes an den zuständigen Nachführungsgeometer oder die Nachführungsgeometerin fällig. Sie ist innert 60 Tagen zu bezahlen.

4 TECHNISCHE AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN

Die Arbeiten sind gemäss dem offerierten technischen Ablauf im Datenmodell DM.01-AV-BE LV95 Version 11 vom 24.01.2008, inkl. Gebäudeadressen, gemäss den speziellen und allgemeinen Vertragsbestimmungen und gemäss Handbuch DM.01-AV auszuführen. Das Handbuch basiert auf dem Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG SR 510.62) vom 05.10.2007, der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV SR 211.432.2) vom 18.11.1992 und auf der technischen Verordnung über die amtliche Vermessung (TVAV SR 211.432.21) vom 10.6.1994.

Insbesondere gilt:

Der Unternehmer hat für Arbeiten, deren Ausführung weder durch die vorliegenden Unterlagen noch durch die eidgenössischen und kantonalen Vorschriften näher bezeichnet ist, die Weisungen des AGI einzuholen.

5 ZUSATZAUFTRÄGE

Die folgenden Arbeiten müssen durch das AGI vor Beginn der Arbeiten bewilligt werden. Sie werden nach Aufwand entschädigt. In der Offerte sind, im dafür vorgesehenen Offertblock grobe Kostenschätzungen eingetragen:

- Anpassen der angrenzenden Vermessungsakten an die Ergebnisse der Arbeiten im Perimeter Adelboden Los 13.
- Einsprachenerledigung nach der öffentlichen Planauflage.

Zu beachten: Die Aufwendungen für Grenzbereinigungen entsprechend dem Kreisschreiben der Bau- und der Justizdirektion für die Bereinigung von Eigentumsgrenzen bei Neuvermessungen ([Handbuch Recht](#) > Kantonsvorgaben > Direktionsweisungen) müssen als Pauschalbetrag in den Offertblock « Grenzfeststellung/Ersterhebung» eingerechnet werden.

Es sind keine Zusatzaufträge gemäss [Art.7 Abs.3 Lit.g ÖBV](#) vorgesehen.

6 ABZULIEFERNDE AKTEN

Die abzuliefernden Pläne und Akten richten sich nach den Artikeln 6 und 7 der Verordnung über die amtliche Vermessung vom 18.11.1992 (VAV), nach dem vorstehenden Projektbeschrieb und nach den Verifikationsanforderungen des AGI:

[Artikel 7 VAV: Plan für das Grundbuch](#)

Die Pläne für das Grundbuch sind im Blattschnitt der Swisscom ([Handbuch DM.01-AV](#) > Auszüge und Dokumente) als Rahmenpläne ohne Überlappung zu plotten.

[Artikel 6a Abs. 3 VAV: Auszüge und technische Dokumentation](#)

Im Anhang B zur [TVAV](#) werden die zu erstellenden und die nach zu führenden Auszüge und Dokumentationen pro Informationsebene aufgelistet.

Der Liegenschaftsbeschrieb muss aus der Grundstückdatenbank des Kantons Bern (GRUDA) erstellt werden.

Im Rahmen der begleitenden Verifikation kann das AGI gestützt auf Ziffer 1.2 der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) weitere Zwischenergebnisse und Dokumente zur Einsicht verlangen. Eine Auflistung dieser zusätzlichen Akten pro Verifikationsphase kann den Verifikationsweisungen im [Handbuch DM.01-AV](#) > Verifikation entnommen werden.

Gemäss Ziffer 2.3 der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) verpflichtet sich der Unternehmer zur Abgabe eines Transferfiles AVS/INTERLIS (.ITF) mit allen Daten des Vermessungswerkes in ASCII-Text im [Datenmodell DM.01-AV-BE LV95 Version 11 vom 24.01.2008](#). Für die Ablieferung des Werkes ist der Bezugsrahmen LV95/LN02 massgebend.

Im Fall offensichtlicher Widersprüchen zwischen dieser allgemeinen Beschreibung der abzuliefernden Akten und dem konkreten Pflichtenheft (wie zusätzliche Pläne, Inselpläne statt Rasterpläne, spezielle oder zusätzliche Orthofotos usw.) geht das Pflichtenheft vor.

Bern, 10.04.2019